

Lampros Savvidis (Berlin)

l.savvidis@web.de

Losses and claims of Greeks in Eastern Thrace and Asia Minor

Verluste und Forderungen der Griechen aus Ostthrakien und Kleinasien

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

ich spreche zu Ihnen als letzter von vier Podiumsteilnehmern, die aus dem Pontosgebiet stammen bzw. deren Vorfahren von dorthier kamen. Meine Familie beispielsweise stammte aus einem Dorf in der Gegend von Giresun. Sie flüchteten vor den Massakern und Deportationen nach Abchasien, und von dort wurden sie in den 1930er Jahren nach Griechenland „repatriert“; dieser Ausdruck verharmlost allerdings, dass sie, wie viele andere so genannte Repatrianten, in ein ihnen völlig unbekanntes Land kamen, wo sie auch sprachlich nicht zu Hause waren. „Mutter Hellas“, wie wir Griechenland mit liebevoller Erwartung nannten, hat uns Flüchtlingskinder verlacht und teilweise auch misshandelt. Die oft problematische Aufnahme und Integration pontosgriechischer Flüchtlinge, zwangsausgebürgerter Pontosgriechen und pontosgriechischer Genozid-Überlebender in Griechenland ist eine noch wenig aufgearbeitete Tragödie. In Mittelgriechenland, wo man zunächst so genannte *mikrasiates*, also Kleinasiaten einschließlich Pontosgriechen, anzusiedeln versuchte, kam es zu Pogromen gegen die Neuankömmling. Sie wurden dann in Nordgriechenland angesiedelt, auch, um die dort noch zahlreich vorhandene slawische Bevölkerung stärker zu hellenisieren. Meine Leidens- und Altersgenossen erinnern sich, ebenso wie ich, daran, wie wir in den griechischen Schulen für unseren pontosgriechischen Dialekt lächerlich gemacht wurden. Noch schlimmer erging es den aus Kappadokien, aus dem anatolischen Inland stammenden turkophonen griechisch-orthodoxen Karamanlides. Viele dieser erst in den 1990er Jahren vollständig aus ihrer Heimat Zwangsausgesiedelten hatten zuvor nie das Meer erblickt.

Erst in den späten 1980er Jahren begannen die Vereine und Verbände der kleinasiatischen Vertriebenen in Griechenland und der weltweiten Diaspora, die Geschichte der Verfolgung und Vernichtung unserer Vorfahren aufzuarbeiten und die Forderung nach parlamentarischer Anerkennung bzw. Verurteilung dieser Verbrechen zu erheben, auch gegenüber dem hellenischen Parlament. Bekannte Wortführer solcher Forderungen waren im wissenschaftlichen Bereich Prof. Konstantinos Fotiadis, im gesellschaftlich-menschenrechtlichen Bereich Michalis Charalambidis. Sie machten allerdings den großen Fehler, sich fast nur auf den Pontos zu beziehen, was einen merkwürdigen Regionalismus darstellt. So kam es in den 1990er Jahren im Hellenischen Parlament zu zwei Anerkennungsresolutio-

nen: erst separat für die Pontosgriechen, dann für die Griechen Kleinasiens, die gegen die pontosgriechische Exklusivität protestiert hatten.

Doch das bedeutet nicht, dass diese Sichtweise richtig ist. Wer die Verfolgungsgeschichte der Griechen unter osmanischer und türkisch-republikanischer Herrschaft studiert, wird schnell feststellen, dass bei Massakern, Deportationen, Zwangsarbeit und anderen Verbrechen gegen die Menschheit keine Unterschiede gemacht wurden. Ob die im Türkischen als *rumlar* bezeichneten griechisch-orthodoxen Christen des Osmanischen Reiches aus dem Pontos stammten oder nicht spielte beim Völkermord keine Rolle. Lassen Sie mich angesichts der gängigen Verzerrungen einen kurzen Blick auf die gesamte Geschichte des Griechentums unter osmanischer Herrschaft werfen und die Besonderheiten herausstellen:

Mit etwa 2,7 bis drei Millionen bildete die *Rum millet* die größte Glaubensnation im Osmanischen Reich. Deswegen und wegen ihrer starken wirtschaftlichen Stellung, aber auch wegen ihrer Beziehung zum Schutzstaat Griechenland galt sie den jungtürkischen und kemalistischen Nationalisten als größte Gefahr für den türkischen Nationalstaat. Die osmanischen Territorialverluste während der Balkankriege lieferten ein zusätzliches Motiv, weswegen gerade die *rumlar* seit 1909 die ersten Opfer osmanischer Wirtschaftsboykotte wurden. Seit den Balkankriegen verstärkten sich entschädigungslose Enteignungen und Boykotte; zugleich erprobten die regierenden Nationalisten an den osmanischen Griechen die Wirkungen von Vertreibung und Deportation. Die Machthaber lernten, dass Vertriebene nach einem Krieg zurückkehren, während die in das Innere Anatoliens deportierten ostthra-kischen Griechen nur zur Hälfte überlebten. Diese genozidale Deportationspolitik wurde dann im westanatolischen Ionien noch vor dem Ersten Weltkrieg fortgesetzt und während des Weltkrieges fast landesweit an der armenischen Bevölkerung praktiziert, aber auch an der pontosgriechischen Bevölkerung mit Ausnahme der 1916 zeitweilig russisch besetzten östlichen Gebiete des Pontos. Die ersten Opfer der im Weltkrieg durchgeführten Deportationen stellte die griechische Küstenbevölkerung der Dardanellen und der Gallipoli-Halbinsel, insgesamt etwa 70.000 Menschen, die unter dem Vorwand der Kriegsnotwendigkeit im März und April 1915 ihre Heimatorte per Dampfschiff verlassen mussten, ohne dass ihnen die Mitnahme von Proviant oder Besitz erlaubt wurde. Sie wurden über muslimische Ortschaften verteilt und waren dem Hungertod ausgesetzt. Was sie zurückließen, einschließlich ihrer Geschäfte, wurde geplündert bzw. von den Behörden an das Militär verkauft. Anschließend zerstörte man die Städte und Dörfer, um eine Wiederansiedlung eventueller Rückkehrer zu verhindern.

Während im Weltkrieg die Neutralität Griechenlands bis zum Frühjahr 1917 verhinderte, dass die Jungtürken landesweit gegen die griechisch-orthodoxe Bevölkerung vorgingen, gelang es den Kemalisten, unter dem Slogan eines antiimperialistischen Befreiungskampfes muslimische Kämpfer zur

Massakrierung und Vertreibung der griechisch-orthodoxen Bevölkerung zu rekrutieren. Massaker an der Zivilbevölkerung sollten einschüchtern und die Zahl der Griechen verringern. Mit der Einnahme der unverteidigten Hafenstadt Smyrna, der zweitgrößten Stadt des Osmanischen Reiches, endete Mitte September 1922 zwar der vierjährige griechisch-türkische Krieg, nicht aber der Völkermord an den verbliebenen griechisch-orthodoxen Christen. Es folgte die Versklavung der Männer im Wehrdienstalter, also zwischen 18 und 45 Jahren, und die Massenflucht bzw. Vertreibung der übrigen Bevölkerung.

Es ist schwierig, unter den Bedingungen von Krieg bzw. Bürgerkrieg, Massenmigration und einer sich über zehn Jahre erstreckenden Deportationspolitik genaue Bevölkerungsstatistiken zu führen, aber die kleinasiatischen und ostthrakischen Griechen beklagen insgesamt über eine Million Opfer. Der Verlust an kollektivem und persönlichem Eigentum ist immens, denn viele Griechen waren wohlhabend. Das Ökumenische Patriarchat zu Konstantinopel und griechische Hilfsorganisationen in der Diaspora haben schon sehr früh, seit 1919, die menschlichen und materiellen Verluste zu registrieren und dokumentieren versucht, auch wenn dies infolge des Krieges und der wachsenden Unsicherheit der innerosmanischen Verkehrswege lückenhaft bleiben musste. Bei den bi- und multilateralen Friedensverhandlungen in Lausanne agierte Griechenland, die vermeintliche Schutzmacht der osmanischen Griechen, aus einer Position der Schwäche. Wiedergutmachungsforderungen an die Türkei hat Griechenland bei dieser und anderen Gelegenheiten nicht erhoben.

Dies bedeutet nicht, dass wir, die Nachfahren einstiger osmanischer Staatsbürger, uns damit abfinden oder zufrieden geben sollten. Zugleich sind wir Realisten und erkennen, in welchem Zustand sich die Türkei gegenwärtig befindet. Die Aussichten auf eine Anerkennung der osmanisch-türkischen Völkermorde an Griechen, Armeniern und Aramäern/Assyrern durch die Große Nationalversammlung sind infolge des gegenwärtigen Demokratierückbaus aussichtsloser denn je. Repressionen und die Unsicherheit für Leib, Leben und Besitz, die die Griechen – wie alle übrigen indigenen Christen - unter türkischer Herrschaft seit Beginn des 20. Jahrhunderts erlitten haben, haben die Anzahl von griechisch-orthodoxen Christen auf aktuell eintausend sinken lassen; vor zehn Jahren schätzte die Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* die Anzahl von Griechen türkischer Staatszugehörigkeit auf 2.500.

Wie auch im Fall der Armenier ging der Völkermord an den Griechen Kleinasien mit der gezielten Zerstörung, Vernachlässigung, Enteignung und Entweihung von Kulturdenkmälern einher. Als Beispiele möchte ich hier die kulturhistorisch bedeutenden Klöster der Heiligen Gottesmutter von Sumela und des Täufers Johannes von Waselon im Bezirk Maçka erwähnen. Beide waren während des Geno-

zids Tatorte von Massakern und Vergewaltigungen von Zufluchtsuchenden. Panaghia Sumela, dessen wertvolle Fresken sehr unter jahrzehntelanger Zerstörung gelitten haben, ist für Pontosgriechen ein besonders wichtiger Wallfahrtsort. Auf Bitten des Ökumenischen Patriarchen Bartholomaios und mit Genehmigung der Regierung Recep Erdogans zelebrierte der Patriarch 2011 erstmals nach Jahrzehnten wieder die Messe zum traditionellen Festtag Maria Entschlafung am 15. August (alten Kalenders). Für orthodoxe Pontosgriechen handelt es sich um den höchsten kirchlichen Feiertag. Allerdings ist diese erst vor wenigen Jahren wiederbelebte Tradition erneut in Gefahr. Wir kritisieren in diesem Zusammenhang, dass die Genehmigung zum Abhalten des Marienfestes den Charakter eines präsidialen Gnadenaktes besitzt, der jeder Zeit widerrufen werden kann und somit keinen Rechtscharakter besitzt.

Auch der Erhalt und die Pflege des christlichen Kulturguts kann und darf nicht im Ermessen türkischer Behörden verbleiben. Es handelt sich schließlich um Raubgut, das im Zuge eines Genozids den rechtmäßigen Besitzern genommen und bis heute nicht rückerstattet wurde. Darum bildet die Rückgabe des sakralen Architekturbes, also der enteigneten Klöster und Kirchen, eine Mindestforderung an die türkische Regierung, ebenso wie ihr Schutz vor Entweihung oder Umwandlung in Moscheen. Darüber hinaus halten wir es für erforderlich, dass Rekonstruktions- und Restaurationen auf Kosten des türkischen Staates erfolgen, eventuell auch teilweise zu Lasten des türkischen Steuerzahlers. Denn ein Großteil der muslimischen Bevölkerung bestand während des Weltkrieges und des anschließenden so genannten „Befreiungskrieges“ aus billigenden Zuschauern oder gar Teilnehmern von Verbrechen gegen die Menschheit. Diese Zuschauer und Mittäter haben von den Verbrechen profitiert.

Seit 2014 führt die Vereinigung zum Schutz des Kulturerbes in sieben Regionen der Türkei, darunter Kayseri, Smyrna und Mardin ehrenamtlich ein Projekt zur Dokumentation und Gefährdungsanalyse von nichtmuslimischen Baudenkmalern durch. Die Hrant Dink-Stiftung hat ein entsprechendes Verzeichnis von ca. 10.000 nichtmuslimischen sakralen und weltlichen Bauten Ende März 2016 veröffentlicht. Hier wünschen wir uns die massive Unterstützung, den Ausbau und die finanzielle Sicherung solcher Projekte, was unter anderem auch die Genehmigung durch Ortsbehörden und das Kultusministerium erfordert. Allerdings wird es auch in diesem Handlungsfeld schwierig sein, vor dem Hintergrund zunehmender religiöser Radikalisierung Besserungen zu erzielen. Die Radikalisierung zeigt sich nicht zuletzt in fortgesetzten Versuchen, den größten und für alle orthodoxen Christen der Welt heiligsten Bau der byzantinischen Geschichte – die Haghia Sophia zu Konstantinopel – in eine Moschee umzuwandeln. Triumphalistisch wird an jedem 29. Mai in Istanbul die Einnahme der byzantinischen Hauptstadt im Jahr 1453 gefeiert. Von einem Abschluss oder gar Aussöhnung mit den Griechen ist die Türkei noch sehr weit entfernt.